

Sehr geehrte Damen und Herren,  
geschätzte Nickelsdorfer,  
liebe Jugend.

„Erst wenn der letzte Acker verbaut ist,  
wird man merken, dass man Geld nicht essen kann.“

## Kein Skandal in Nickelsdorf!

In unserer Dezember Ausgabe berichteten wir über großflächige Klärschlamm Entsorgung im Wasserschutzgebiet Nickelsdorf. Diese Untat sorgt für große Verärgerung bei der Ortsbevölkerung. Die Gemeindevertretung hingegen bleibt völlig unbeeindruckt. Was in einem anderen Dorf vermutlich zu angemessenen Diskussionen geführt hätte, war im Nickelsdorfer- Gemeinderat bisher überhaupt kein Thema. Auch der „Umweltgemeinderat“ und der Obmann des Kläranlagenausschuss finden den Vorgang nicht der Rede wert. Selbst der Obmann des Wasserleitungsverbandes Burgenland Nord fand zu diesem Vorgang bisher keine Worte.

## Photovoltaik-Bewirtschaftungsstandort in Nickelsdorf.

„Die Sonne schickt keine Rechnung“ Er klingt doch gut, dieser Marketingslogan der Nachhaltigkeitspropaganda. Dass der Öko-Investor bald die doppelte oder dreifache Rechnung schickt, steht nur auf einem anderen Blatt Papier. Bald schon sollen in Nickelsdorf die ersten 112 ha Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit einer Gesamtleistung von 120.344kWpeak errichtet werden. (Auszug aus dem Rahmenvertrag vom Jänner 2022) Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Böden stellen die wahrscheinlich schlechteste Form der Energiegewinnung dar. Ihr wirklicher Preis ist aber weitaus höher als bloß die Stromrechnung. Hier einige Stichworte: Verminderte Photosynthese im Schattenbereich. Verminderte Sauerstoffproduktion. Störung des Bodenlebens am Beginn der Nahrungskette. Eingriff in das System der Wärmestrahlung, durch Reflexion der Strahlung. Dadurch Eingriff in das regionale Klima. Veränderte Niederschlagsverteilung und noch vieles mehr. Angesichts dieser Bandbreite von Gefährdungspotenzial ist es nicht verwunderlich, wenn das Land Burgenland als Bescheid erteilende Stelle jede Haftung im Zusammenhang mit Schäden durch Wetter- und Klima ablehnt und zukünftige Geschädigte auf den Zivilrechtsweg verweist. (Auszug aus dem Rahmenvertrag vom Jänner 2022) Verantwortungsvolles Handeln sieht anders aus.

## Sozialer Wohnbau oder Armutszeugnis?

Bei fünfhundert (500) bis achthundert (800) Euro Miete monatlich zuzüglich der Kosten für Strom, Wasser, Gas u.v.m. von „sozialem Wohnbau in Nickelsdorf“ zu schreiben, halten wir für irreführend und verfehlt. Anstatt Marketing fähige Beiträge für diverse „Bauträger“ zu verbreiten, empfehlen wir daher den Autoren der Zeitung „Aktiv“, sich an die Lebensrealität zu halten und auch die sich verschärfenden Zukunftsaussichten im Auge zu behalten. Gegenwärtig steigen nämlich nicht nur die Wohnmieten, sondern auch alles, was für den täglichen Bedarf benötigt wird. Die Aussichten gerade junger Leute, wenn diese nicht einer gewissen „Sonderklasse“ angehören, trüben sich ein. Wie soll ein junger Mensch in seiner Ausbildung, dem gerade einmal tausend Euro (1000€) zugestanden werden, mit diesem „Butterbrot“ menschenwürdig leben. Wir Freiheitliche wollen unseren Fokus auf ein echtes leistbares Wohnen für Nickelsdorfer und vor allem auf junge Menschen und Familien legen.

## Richtig sparen und besser arbeiten für Nickelsdorf!

Die finanzielle Situation in unserem Dorf ist, um es vornehm auszudrücken, beengt. Nun stellt sich die Frage, wo anfangen zu sparen? Wenn Politiker vom Sparen reden, denken sie in der Regel an das Volk, die Steuerzahler, kurzum an diejenigen, die echte wertschaffende Leistung erbringen. Wir Nickelsdorfer Freiheitlichen wollen das Pferd von vorne aufzäumen. Wir denken beim Sparen zuerst an die politische Kaste. Der Gemeindevorstand besteht aus sieben Mitgliedern. Eines davon ist der Bürgermeister, ein weiteres der Vizebürgermeister. Jeder weitere Gemeindevorstand ist ein Gemeinderat, dem einzelne Aufgabenbereiche zugeordnet sind. Etwa 450€ werden jedem dieser fünf Vorständen im Monat überwiesen. Dass diese hohe Ausgabe bei allen berechtigt ist, Bezweifeln wir sehr, da auch die gegenüberstehende Leistung in manchen Fällen zu wünschen überlässt oder nahezu gänzlich fehlt. Manchmal wird vergessen, auf wessen Schultern einige Personen emporgehoben wurden. Da unsere Dorfpolitiker aber gesetzlich gezwungen sind, dieses Geld anzunehmen, ist ein Einsparen hier erschwert. Wo man als Gemeinde jedoch sofort einsparen kann, ist der Bereich der zusätzlich installierten Posten. Bei den Ausschüssen und beim Gemeindegeldkassier. Auch hier gibt es für Routinetätigkeiten und einige wenige Sitzungen im Jahr dasselbe Geld. Gewisse Bezahlposten kann man sofort Vorstandsmitgliedern zuordnen und schon ist gespart.

Mit besten Grüßen, das Team der FPÖ-Nickelsdorf.